

Das Problem der Freiheit

Autor(en): **Berdiajew, Nikolai / Porret, Eugène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **47 (1953)**

Heft 2-3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-139776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

dieses totalen Christentums in uns wachgerufen worden ist. Aber ich will es nicht so unpersönlich sagen: Dieser Ferienkurs hat seinen Zweck nicht verfehlt, wenn wir von nun an noch mehr bereit sind, uns der heilsamen Wirkung des lebendigen Christus aufzuschließen, auch da, wo es die Probleme der großen Welt betrifft.

September 1952

Krijn Strijd

Das Problem der Freiheit*

«Das Problem der Freiheit in Rußland ist tragisch», sagte Berdiajew zu mir. «Der offensichtliche Mangel an Freiheit hat zwei Hauptursachen. Einmal ist es eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Um den vielfältigen Problemen, die sich zur Vermeidung einer Hungersnot stellen, zu begegnen, muß man noch auf diktatorische Weise vorgehen, was begreiflich ist. Die zweite Ursache ist ideologischer Art. Um die marxistische Idee zu bewahren, besteht in der Kommunistischen Partei gegen ihre Verflachungstendenzen im Volk eine starke Reaktion. Die wirtschaftliche Diktatur wäre möglich auch ohne diese intellektuelle und geistige Diktatur, die schlecht ist . . .»

«In welcher Richtung entwickelt sich nach Ihrer Meinung Rußland?»

«Den Sowjets wird es sicherlich gelingen, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, aber sie irren, wenn sie glauben, durch die Wirtschaft das Problem der Brüderlichkeit lösen zu können. Ich glaube im Gegenteil, daß, sobald die soziale Frage gelöst sein wird, die menschliche Tragödie mit größerer Schärfe in Erscheinung treten wird. Ich denke nicht, daß Rußland sich im Sinne einer Demokratie westlicher Art entwickelt. Es wird seinen eigenen Typus einer sozialen sowjetischen Demokratie entwickeln, aber es muß der Freiheit entgegengehen, einer wirklichen Freiheit . . .»

«Kann man den Westen als den Hort der Freiheit betrachten?»

«Die Verteidigung der Freiheit im Westen scheint mir falsch. Sie wird zum Kampf gegen die kommunistische Bedrohung. Meine Weltanschauung ist sehr verschieden vom dialektischen Marxismus, aber die antikommunistische Front ist mir durchaus unsympathisch . . . Die Freiheit kann ein reaktionäres Prinzip des Festhaltens am Alten werden. Eine Veränderung in der wirtschaftlichen Struktur wird dann als Angriff auf die Freiheit betrachtet. Wir stehen nun aber einmal einer Veränderung gegenüber, welche die ganze Welt erschüttert. Welches wird die christliche Haltung in dieser Umwälzung sein? Feindschaft gegenüber einer solchen Veränderung wäre der falsche Standpunkt. Man muß eher versuchen, diese soziale Bewegung zu vergeistigen.»

* Aus einem Gespräch Nicolai Berdiajews mit Eugène Porret, der eine Biographie über Berdiajew herausgegeben hat (Delachaux & Niestlé, Neuchâtel, Paris).

«Dann ist die Freiheit also auch im Westen bedroht?»

«Sicherlich, denn man verwechselt sie oft mit individuellem Egoismus. Man muß überall für die wahre Freiheit kämpfen. Man muß die Freiheit läutern. Mit dem Liberalismus der vorausgehenden Jahrhunderte ist es aus; er ist künftighin machtlos. Und der Individualismus, der früher wohl revolutionär war, verwandelt sich in ein steriles Zurückwünschen der Vergangenheit. Der wirtschaftliche Liberalismus vor allem wird zu einer reaktionären Macht, welche den sterbenden Kapitalismus stützt. Die liberale Demokratie geht ebenfalls ihrem Ende entgegen. Man sucht sie zu stützen, aber sie verhindert die sozialen Reformen. Die Zukunft gehört der sozialen Demokratie . . .»

Es geht wieder gegen die Juden

«Was bereitet sich da vor?» fragten wir, in der Januar-Weltrundschau noch ganz schnell auf den offenbar sehr planmäßigen Feldzug gegen jüdische «Staatsfeinde» hinweisend, der zu Beginn des neuen Jahres in den kommunistischen Ländern eröffnet wurde in Weiterführung und Verschärfung einer Strategie, die schon im Slansky-Prozeß erkennbar geworden war. In der Tat: es kann unmöglich geleugnet werden, daß mit den verschiedensten Begründungen in der Sowjetunion, in Ostdeutschland, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien zahlreiche Juden unter ausdrücklicher Hervorhebung ihres Judentums von der politischen Polizei verhaftet wurden und ihrer Aburteilung entgegengehen, daß auf jeden verhafteten Juden Hunderte, ja Tausende von verdächtigten und vielleicht «kalt» liquidierten jüdischen «Saboteuren» kommen und daß sich der jüdischen Bevölkerung in den Ländern des Sowjetblockes weitherum eine Angststimmung bemächtigt hat, die z. B. in Ostdeutschland zu einer vermehrten Abwanderung nach Westberlin und Westdeutschland geführt hat. Daß die Meldungen über judenfeindliche Maßnahmen in den Ostländern mit Vorsicht aufzunehmen sind, ist freilich sicher; ein Bericht der Agence France-Presse aus Berlin vom 27. Januar z. B., der auch in die Schweizer Presse Eingang gefunden hat und wonach «alle im Ostsektor Berlins und in der Sowjetzone lebenden jüdischen Ärzte und Anwälte im Lauf der nächsten Woche ihre Praxis aufgeben» müßten, hat sich als un- wahr erwiesen. Aber eben: solche Alarmnachrichten passen allzugut ins Schema des landläufigen Antikommunismus, als daß unsere Zeitungen es sich versagen könnten, die «auffallende Übereinstimmung des kommunistischen Antisemitismus mit Hitlers und Streichers Ausrottungsmethoden» zu signalisieren. Leider macht dabei auch die sozialdemokratische Presse mit; so wurde die erwähnte AFP-Meldung aus Berlin von der «Berliner Tagwacht» mit dem Untertitel «Immer tollere Haß auch in Ost-